



NEUESTE NACHRICHTEN

Mittwoch, 4. Dezember 2024

Badische Presse

Ausgabe Karlsruhe

Eltern fordern erneut G9

Stuttgart (dpa). Mit einem neuen Volksantrag will eine Elterninitiative erreichen, dass alle Kinder an den Gymnasien in Baden-Württemberg in neun Jahren das Abitur machen können, wenn sie das wollen. Einen entsprechenden Gesetzentwurf reichte die Initiative beim Landtag ein. Ziel der Eltern ist, dass auch ältere Schülerinnen und Schüler am Gymnasium so bald wie möglich zwischen G8 und einem um ein Jahr gestreckten Bildungsgang wählen können. „Die Eltern im Land fordern nach wie vor vehement eine

Lösung für die laufenden G8-Klassen“, sagte Marita Raschke (Foto: Christoph Schmidt/dpa), eine der Initiatorinnen.



Marita Raschke

Die grün-schwarze Koalition hatte sich darauf geeinigt, dass die Gymnasien im Land zum Schuljahr 2025/26 wieder zu G9 zurückkehren sollen. Die Einführung ist aber schrittweise geplant, zum Start sollen nur die Klassen fünf und sechs umstellen. Ältere Schüler würden also nicht profitieren. Die Eltern hatten für ihre Forderung bereits ein Volksbegehren eingereicht. Dem hatte das Innenministerium wegen verfassungsrechtlicher Bedenken eine Absage erteilt, eine Klage der Eltern dagegen ist noch beim Verfassungsgerichtshof anhängig. Weil sich diese Klage hinziehe, habe man beschlossen, einen neuen Gesetzentwurf zu unterbreiten, teilte die Initiative „G9 jetzt!“ mit.

Mit einem Volksantrag können Bürgerinnen und Bürger den Landtag zwingen, sich mit einem Thema zu befassen. Gegenstand des Antrags kann auch ein Gesetzentwurf sein. Für einen Volksantrag müssen die Initiatoren knapp 40.000 Unterschriften sammeln. Lehnt der Landtag den Volksantrag ab, können die Initiatoren ein Volksbegehren starten.

Eisbär gibt Laute von sich

Karlsruhe (aoe). Wie geht es den beiden Baby-Eisbären, die vor rund vier Wochen im Karlsruher Zoo das Licht der Welt erblickten? „Ob es noch ein oder zwei Eisbären sind, das wissen wir leider immer noch nicht“, sagte Zoodirektor Matthias Reinschmidt am Dienstag. Aber mindestens ein Tier ist auf jeden Fall am Leben. Das verraten Geräusche, die auf den Kameraaufnahmen zu hören sind. Dennoch wird es wohl noch Monate dauern, bis Gewissheit herrscht, ob eines oder beide Jungtiere überleben. ■ Lokales

WETTER

-2° | 7°



SERVICE

service.bnn.de/kontakt
0721 78972

HIER FINDEN SIE UNS:

bnn.de
bnn.de/facebook
bnn.de/instagram



Einzelpreis: Montag – Freitag € 3,10 | Samstag € 3,30



In der Oper sind große Produktionen wie „La Bohème“ am Staatstheater Karlsruhe nur dank staatlicher Zuschüsse machbar. Als Kunstform erreicht die Oper allerdings nur einen vergleichsweise kleinen Teil der Bevölkerung. Foto: Felix Grünschoß

Reicht das Geld für Kultur?

Bevölkerung ist uneinig über die Höhe staatlicher Zuschüsse

Von Andreas Jüttner

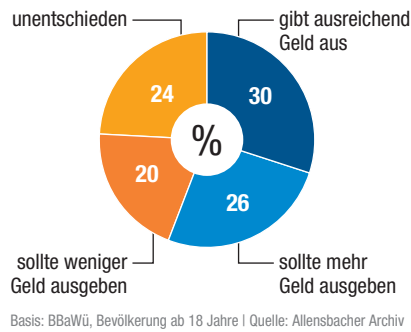
Karlsruhe. Welche Bedeutung hat Kultur für die Menschen in Baden-Württemberg? Um dieses Thema geht es im aktuellen Baden-Württemberg-Check, der Umfrage des Instituts für Demoskopie Allensbach im Auftrag der regionalen Tageszeitungen. Dabei geht es auch um die staatliche Finanzierung von Kultur. Dieses Thema wird derzeit debattiert aufgrund der hohen Investitionen in Theaterbauten. Die laufende Sanierung des Staatstheaters Karlsruhe wird mindestens knapp 600 Millionen Euro kosten. Die geplante Sanierung der Staatsoper Stuttgart könnte nach derzeitigen Schätzungen bis zu zwei Milliarden Euro benötigen.

Grundsätzlich begrüßt es eine Mehrheit der Bevölkerung, dass Kultur vom Staat gefördert und Tickets staatlicher Kultureinrichtungen bezuschusst werden. Jeder Vierte der Befragten (26 Prozent) wünscht sich sogar mehr staatliche Investitionen in Kunst und Kultur.

Geht es allerdings um die Entscheidung, wo das Land eher sparen und wo es mehr investieren soll, sehen knapp zwei

Jeder Vierte wünscht sich mehr Kulturförderung

„Gibt Baden-Württemberg ausreichend Geld für Kunst und Kultur aus, oder sollte das Land dafür mehr oder weniger Geld ausgeben?“



Drittel der Befragten (63 Prozent) bei der Kultur eher Einsparpotenzial. Noch geringer ist die Ausgabenbereitschaft nur bei großen Bauprojekten: Dort finden 75 Prozent, das Land solle eher sparen.

Investitionsbedarf sieht eine große Mehrheit eher in Gesundheitseinrichtungen (93 Prozent), in der Ausstattung von Schulen (91 Prozent) und der Polizei (79 Prozent) sowie im Ausbau von Straßen und Bahnstrecken (68 Prozent).

In dieser Gewichtung spiegelt sich eine grundlegend eher besorgte Stimmung in der Bevölkerung. Auf die kommenden

zwölf Monate blicken laut der Umfrage nur 31 Prozent der Befragten optimistisch. 58 Prozent hingegen blicken skeptisch oder sogar ausgesprochen pessimistisch auf das kommende Jahr, so das Institut aus Allensbach.

Der Anteil derer, die mit ausgeprägten Befürchtungen auf das kommende Jahr blicken, habe sich seit der vorherigen Umfrage im August von 26 auf 30 Prozent erhöht. So sorgenvoll sei die Bevölkerung zuletzt im Herbst 2022 gewesen.

Mit dem Umfang des Kulturangebots sind die Menschen im Land weitgehend zufrieden. Knapp 80 Prozent bewerten das Angebot in Baden-Württemberg als gut bis sehr gut. Das Angebot in der jeweils eigenen Region halten 60 Prozent für gut bis sehr gut.

Bei der konkreten Nutzung gibt es derweil große Unterschiede: Mindestens einmal pro Jahr gehen 55 Prozent der Befragten ins Kino und 48 Prozent ins Museum. 34 Prozent besuchen mindestens einmal pro Jahr eine Kabarett- oder Comedy-Veranstaltung. Bei Oper sowie Ballett hingegen liegt diese Quote jeweils bei nur 13 Prozent. Der Gesamthaushalt des Landes für die Jahre 2023/24 liegt bei 121 Milliarden Euro. Der Kulturhaushalt für diese Jahre umfasst 1,18 Milliarden Euro, also knapp ein Prozent der staatlichen Ausgaben. Mit den Kulturzuschüssen wird der laufende Betrieb unterstützt. ■ Kommentar, Südwestecho

Kriegsrecht aufgehoben

Seoul (dpa). Kehrtwende in Südkorea: Präsident Yoon Suk Yeol hat angekündigt, das von ihm verhängte Kriegsrecht in dem ostasiatischen Land wieder aufzuheben. Yoon sagte in einem TV-Auftritt, dass sich das Militär zurückgezogen habe und das Kabinett bald tagen werde. Wenige Stunden zuvor hatte der Präsident inmitten einer innenpolitischen Krise überraschend das Kriegsrecht ausgerufen. Hintergrund des Konflikts ist offensichtlich ein Streit um den Staatshaushalt.

Militär zieht sich in Südkorea wieder zurück

Als Begründung für den Ausnahmezustand nannte Yoon die Rolle der Opposition des Landes. Er beschuldigte sie, mit Nordkorea zu sympathisieren. Der ausgerufenen Ausnahmezustand ziele darauf ab, „pro-nordkoreanische Kräfte auszulöschen und die verfassungsmäßige Ordnung der Freiheit zu schützen“. Die Nationalversammlung forderte den Präsidenten wenig später auf, den Ausnahmezustand wieder aufzuheben. Alle 190 anwesenden Abgeordneten stimmten für den Antrag. Nach jüngstem Stand wird Yoon dem nun entsprechen.

Hinweise auf eine Verwicklung des totalitär regierten Nachbarlands Nordkorea in die Situation gab es nicht. Die US-Regierung zeigte sich ebenso wie Russland und Deutschland besorgt über die Entwicklungen in Südkorea.

Die oppositionelle Demokratische Partei (DP), die in der Nationalversammlung über eine Mehrheit verfügt, hatte am Freitag im parlamentarischen Sonderausschuss für Budget und Bilanzen einen Haushaltsplan im Alleingang beschlossen. Yoons Büro forderte die linksliberale Opposition daraufhin auf, den Haushaltsplan mit den reduzierten Ausgaben zurückzunehmen. Rund um das Parlamentsgebäude gab es in der Nacht zu Dienstag Demonstrationen, aber es blieb friedlich.

Dax übersteigt Marke von 20.000 Punkten

Frankfurt/Main (AFP). Der Deutsche Aktienindex hat erstmals überhaupt den Wert von 20.000 Punkten überstiegen. Am Dienstagvormittag legte der Dax an der Frankfurter Börse, der die größten 40 börsennotierten Firmen vereint, um 0,43 Prozent zu und landete damit bei 20.019 Punkten. Schon am Montag hatte der Leitindex seinen bisherigen Rekord von 19.674 Punkten erreicht und trotzte damit der ungünstigen konjunkturellen Lage in Deutschland.

Experten betonen, dass die Zugpferde im Dax – etwa SAP, Siemens und die Deutsche Telekom – vor allem von ihren Geschäften im Ausland profitieren und damit nicht so stark von der binnenwirtschaftlichen Entwicklung in Deutschland abhängen. ■ Kommentar, Wirtschaft

Schlag gegen illegale Plattform

BKA hebt kriminelle Serverstruktur mit über 100.000 Nutzern aus

Wiesbaden (dpa). Ermittler des Bundeskriminalamtes und der Generalstaatsanwaltschaft Frankfurt haben einen mutmaßlichen Administrator der kriminellen Handelsplattform „Crimenetwork“ festgenommen. Die Plattform galt laut BKA als größter deutschsprachiger Online-Marktplatz für illegale Waren und Dienstleistungen. Auch die Server der Plattform konnten die Ermittler abschalten. Neben umfangreichen Beweismitteln und hochwertigen Fahrzeugen wurde auch Vermögen im Wert von rund einer Million Euro in Kryptowerten sichergestellt. „Crimenetwork“ habe als Marktplatz für illegale Waren und Dienstleistungen, insbesondere für gestohlene Daten, Drogen und gefälschte Dokumente, gedient, teilten die Ermittler mit. Zuletzt waren auf der Plattform mehr als 100.000 Nutzer und über 100 Verkäufer angemeldet – überwiegend wohl aus dem deutschsprachigen Raum.



„Crimenetwork“ gilt als größter deutschsprachiger Online-Marktplatz für illegale Waren und Dienstleistungen. Foto: Julian Stratenschulte/dpa

Weihnachtsbaum ist Millionen wert

München (dpa). Er ist rund fünf Millionen Euro wert und sein Goldschmuck wiegt mehr als 60 Kilogramm: Einen besonders teuren Weihnachtsbaum gibt es in diesem Jahr in München zu sehen. Der knapp drei Meter hohe Baum besteht aus einer Acryl-Pyramide, auf der 2.024 Sammelmünzen zu den Wiener Philharmonikern arrangiert werden. Auf der Spitze ist eine große Goldmünze angebracht.

Insgesamt bestehe der Baum aus rund 63 Kilogramm Gold und habe einen aktuellen Wert von etwa 5,3 Millionen Euro, sagte ein Sprecher des Goldhändlers, der den Goldbaum in Zusammenarbeit mit der Staatlichen Münzprägestätte Österreichs aufstellte. Der Wert sei abhängig vom jeweiligen Goldkurs – der Baum sei allerdings unverkäuflich.